



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktion AfD

Die gesellschaftliche Bedrohung durch Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/476

Der Landtag wolle beschließen:

Politisch motivierte Gewalt muss bekämpft werden - Präventions- und Repressionsmaßnahmen stärken und wirksamer organisieren

1. Der Landtag stellt fest, dass Linksextremismus, Rechtsextremismus und religiöser Extremismus gleichermaßen eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen. Er spricht sich in gleichem Maße gegen jede Art politisch motivierter Gewalt aus, unabhängig davon, aus welcher Motivation heraus sie verübt wird.
2. Der Landtag von Sachsen-Anhalt erklärt seinen Willen, politische Gewalt mit allen Mitteln, die uns das Recht an die Hand gibt, zu bekämpfen. Er spricht sich dafür aus, dass die Polizei gestärkt wird, damit weiterhin mit null Toleranz gegen politische Gewalttäter vorgegangen werden kann.
3. Der Landtag von Sachsen-Anhalt überprüft die Förderung aller Vereine, die sich in gewaltaffinen Milieus bewegen.
4. Der Landtag spricht sich dafür aus, das linkslastige „Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Vielfalt in Sachsen-Anhalt“ in ein „Landesprogramm für Toleranz und politische Kultur in Sachsen-Anhalt“ umzuwandeln. Schwerpunkt dieses Programms soll die Arbeit mit Jugendlichen sein, die als politische Gewalttäter in Erscheinung getreten sind, die Gewaltprävention in diesem Bereich und die Aufklärung über die Funktionsweise unserer freiheitlichen Demokratie.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt“ in „Beratungsnetzwerk gegen politisch motivier-

(Ausgegeben am 27.10.2016)

te Gewalt in Sachsen-Anhalt“ umzubenennen und entsprechend das bisherige Maßnahmenpaket und Aufgabenspektrum zu erweitern.

Begründung

Die politische Gewalt hat in den letzten Jahren in der Bundesrepublik wie auch in Sachsen-Anhalt ein besorgniserregendes Ausmaß erreicht. Im zurückliegenden Wahlkampf hat unser Bundesland eine Welle der Gewalt erlebt. Es wurde Werbematerial vernichtet, Veranstaltungen behindert, Autoreifen durchstochen, Autos entglast und Personen bedroht und angegriffen. Es wurden Anschläge auf Flüchtlingsheime verübt. In den sozialen Netzwerken wird die politische Auseinandersetzung in zunehmendem Maß über strafrechtliche relevante Beleidigungen geführt.

Bundesweit sind 2015 politisch motivierte Gewalttaten, insbesondere Körperverletzungen und Tötungsdelikte, im Vorjahresvergleich insgesamt um über 30 Prozent gestiegen. 2246 Gewalttaten wurden von Linksextremisten ausgeübt, 1485 Gewalttaten wurden von Rechtsextremisten begangen. In beiden Bereichen ist im Vorjahresvergleich ein sehr starker Anstieg zu verzeichnen. Das Aktions- und Aggressionsniveau ist beträchtlich angestiegen.

Ein wachsender Kreis fanatisierter Personen sieht sich durch seine extremen Überzeugungen ermächtigt, die politische Auseinandersetzung mithilfe von Gewalttaten und Rechtsbrüchen zu führen.

Wir dürfen uns mit diesen Verhältnissen nicht abfinden. Gewaltfreiheit ist die Grundlage jeder freiheitlichen und demokratischen, auf echter Toleranz basierenden Ordnung. Wer glaubt, die Wahrheit gepachtet zu haben und sich seiner Sache zu sicher ist, neigt dazu, dem anderen Grundrechte streitig zu machen und greift in letzter Konsequenz auch zu Gewalt. Hier tut politische Aufklärung und eine Erziehung zu Toleranz, die bei Jugendlichen nicht früh genug ansetzen kann, not.

Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Politische Akteure, die das nicht verstehen, müssen die volle Härte des Gesetzes zu spüren bekommen.

Dies gilt für jede Art politisch motivierter Gewalt, ganz gleich aus welcher Motivation heraus sie verübt wird. Politisch motivierte Straftaten sind als Straftaten mit gleicher Intensität zu verfolgen, unabhängig davon, ob sie aus einer linksextremen, rechtsextremen, islamistischen oder sonstigen Motivation heraus verübt wurden. Eine Brandstiftung wird nicht dadurch besser, dass aus einer linksextremen statt einer rechtsextremen Motivation verübt wurde. Die sog. „Antifa“, eine hochgradig gewaltbereite Schlägertruppe ist kein Jota besser als gewaltbereite Skinheads und Angehörige gewaltbereiter Kameradschaften.

Der vorliegende Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 7/476) bezieht sich nur auf den Rechtsextremismus, aber er blendet den Linksextremismus und den religiösen Extremismus aus. Die Landesregierung soll daher im vorliegenden Antrag aufgefordert werden, vergleichbare Programme gegen politisch motivierte Gewalt zu entwickeln und umzusetzen. Die ideologisch bedingte Nichtbehandlung des Linksextremismus und des religiösen Extremismus wird der Gefahrenlage in Sachsen-Anhalt nicht gerecht. Man darf Gewalt von Extremisten nicht mit zweierlei Maß messen. Es

geht um eine ausgewogene Bekämpfung von politisch motivierter Gewalt jedweder Art.

Daniel Roi
Parlamentarischer Geschäftsführer